

Tschechien: 20 Jahre Transformation. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft.

Karel Vodička

Inhalt:

I. Einleitung	2
1. Historische Einführung	2
2. Forschungsstand	3
3. Aufbau der Arbeit	4
II. Systemwechsel	4
1. Massen und Eliten	4
2. Die friedliche Revolution	5
3. Die Spaltung der Tschechoslowakei	5
III. Etablierung des demokratischen Verfassungsstaates	7
1. Politik	7
1.1. Staatsverfassung	7
1.2. Staatspräsident, Regierung, Verwaltung	7
1.3. Politische Parteien und Parteiensystem	9
1.4. Wahlsystem, Wahlen und Wählerverhalten	9
1.5. Parlament	11
1.6. Justiz	11
1.7. Massenmedien und Politikvermittlung	12
1.8. Regionen (Kreise)	13
1.9. Kommunen	14
2. Wirtschaft	15
2.1. Allgemein	15
2.2. Wirtschaftsverfassung	15
2.3. Industrie	16
2.4. Handel, Gewerbe, Dienstleistungen	16
3. Gesellschaft	17
3.1. Sozialstruktur, gesellschaftliche Konfliktlinien	17
3.2. Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Arbeitsbeziehungen	19
3.3. Kirchen, Religionsgemeinschaften, Weltanschauungen	19
3.4. Bürgerinitiativen, Zivilgesellschaft	20
IV. Konsolidierung des demokratischen Verfassungsstaates	20
1. Verfassungskonsolidierung, Verfassungskonflikte zwischen Institutionen	20
2. Akteurskonsolidierung	20
2.1. Parteiensystem: Fragmentierung, Volatilität, Polarisierung, Extremismus	20
2.2. Informelle und formelle Akteure	21
2.3. Interessenverbände	22
2.4. Bürgergesellschaft	22
2.5. Medien	23
3. Einstellungskonsolidierung	23
V. Stabilisierung des Wirtschaftssystems	24
1. Wirtschaftsverfassung	24

2.	Akteure.....	25
3.	Einstellungen	25
VI.	EU-Integration	26
1.	Beitrittsverhandlungen und EU-Beitritt.....	26
2.	Mitwirkung in EU-Institutionen.....	26
3.	Integrationsprobleme.....	26
4.	Einstellungen der Bevölkerung zur EU	27
VII.	Zusammenfassung, Ausblick	27
1.	Begünstigende Faktoren	27
2.	Konsolidierungstrend und -stand 2010.....	28
3.	Mentalitätswandel: das Schlüsselproblem der Transformation?	29
4.	Ausblick	30

I. Einleitung

1. Historische Einführung

Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 wurde die einst demokratische, nun okkupierte Tschechoslowakei zum europäischen Land mit den massivsten politischen Repressionen. Die kommunistische Parteiführung, nach 1969 als Statthalter der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt, organisierte Massensäuberungen, um die Bevölkerung einzuschüchtern und zu disziplinieren. Mehrere hunderttausend Bürger, die mit den Reformen des „Prager Frühlings“ sympathisierten und/oder die militärische Besetzung der Tschechoslowakei verurteilten, wurden mit Berufsverbot bestraft.¹ Insgesamt 400000 tschechoslowakische Bürger flüchteten ins Exil.²

Die kommunistische Parteispitze, die mit Hilfe des hierarchisch gegliederten Partei- und Staatsapparats und massiver Indoktrination herrschte, sicherte ihr Machtmonopol durch ein kompliziertes System institutioneller und persönlicher Beziehungen ab. Das wichtigste Machtinstrument war die Kaderpolitik. Als Besetzungsmonopol von Arbeitsplätzen ermöglichte sie den Entzug der materiellen Existenzbasis, was ein äußerst wirksames Machtsiche-

¹ Vgl. Markus Mauritz, Tschechien, Regensburg 2002, S. 198.

² Vgl. Karel Bartošek, Střední a jihovýchodní Evropa. In: Stéphane Courtois, Černá kniha komunismu. (Zentral- und Südosteuropa. In: Stéphane Courtois, Das Schwarzbuch des Kommunismus): Prag 1999, S. 350-407, hier 392.

rungsinstrument war. In der Phase der sogenannten „Konsolidierung“ nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ wurde dieser Disziplinierungsmechanismus rücksichtslos eingesetzt. Eine halbe Million reformorientierter Parteimitglieder aus der KP wurde ausgeschlossen, die daraufhin aus ihren führenden Positionen zurücktreten mussten; so verloren 40 Prozent der Wirtschaftsmanager und 40 Prozent der Journalisten ihre Arbeitsstellen.³ Der Rachezug der Partei betraf auch die Kinder der Ausgeschlossenen. Sie durften kein Gymnasium besuchen und an keiner Hochschule studieren.⁴ Die Bestrafung der Kinder war das wirksamste Disziplinierungsmittel überhaupt. Entsprechend sahen es die Eltern als ihre Pflicht an, sich zu opfern und regimeloyal zu verhalten, um die Zukunft ihrer Kinder nicht zu gefährden.

2. Forschungsstand

Die Studien zur Teilung der Tschechoslowakei verdeutlichen, dass die ČSFR-Spaltung nicht dem Willen der Bevölkerung entsprach und den Transformationskosten zugerechnet werden muss.⁵ Tschechien wird attestiert, dass es auf dem Weg der demokratischen Konsolidierung weit fortgeschritten und eine Entdemokratisierung höchst unwahrscheinlich sei.⁶ Im Bertelsmann-Transformations-Index (BTI)⁷ wird es als das Transformationsland mit dem höchsten Entwicklungsniveau von Demokratie und Marktwirtschaft bezeichnet.⁸ Die Analysen des politischen Systems bewerten Tschechien als eine parlamentarische Demokratie, mit fairen Wahlen, institutionell durchwegs stabilisiert. Die Demokratiedefizite offenbaren sich auf der Ebene des Verhaltens der formellen wie auch der informellen politischen Akteure und der Ebene der Zivilgesellschaft (BTI 2010-Länderbericht Tschechien).⁹

³ Vgl. Mauritz, Tschechien, S. 198.

⁴ Vgl. Karel Vodička, Politisches System Tschechiens, Münster 1996, S. 33.

⁵ Vgl. Petr Pithart, Konec dobrý, všechno dobré? (Ende gut, alles gut? In: Karel Vodička (Hg.), Dělení Československa. Deset let poté (Teilung der Tschechoslowakei. Zehn Jahre danach), Prag 2003, S. 317-321, hier 320; Eric Stein, Česko-Slovensko. Konflikt–roztržka–rozpad (Tschecho-Slowakei. Konflikt-Bruch-Zerfall), Prag 2000, S. 229; Ivan Šujan, Hospodárske a sociálne dosledky česko-slovenského rozchodu (Wirtschaftliche und soziale Folgen der tschechisch-slowakischen Trennung), In: Karel Vodička (Hg.), Dělení Československa. Deset let poté, Prag 2003, S. 119-128, hier 119; Fedor Gál, Rozpad Československa v politickej perspektíve. (Die Spaltung der Tschechoslowakei aus politischer Perspektive) In: ebd., S. 105-118, hier 105; Karel Vodička, Příčiny rozdělení: shrnující analýza po deseti letech. (Ursachen der Teilung: Eine zusammenfassende Analyse zehn Jahre danach.) In: ebd., S. 205-264, hier 257.

⁶ Vgl. Wolfgang Ismayr, Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In: ders. (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, S. 9-78, hier 67; Wolfgang Merkel, Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Politische Vierteljahresschrift, 48 (2007), S. 413-433, hier 430; Karel Vodička, Das politische System Tschechiens, Wiesbaden 2005, S. 266.

⁷ Vgl. BTI, Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2010.

⁸ Vgl. Martin Brusis, Ostmittel- und Südosteuropa. In: BTI-Transformationsindex 2010, Gütersloh 2009, S. 125-143, hier 128.

⁹ Vgl. BTI2010 –Länderbericht Tschechien; Karel Vodička/Ladislav Cabada, Politický systém České republiky (Das politische System Tschechiens, Prag 2007, S. 342; Vodička, Das politische System Tschechiens,

3. Aufbau der Arbeit

Zunächst wird kurz die „Samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei und sodann die Ursachen und Folgen ihrer Spaltung skizziert. Im ersten Teil wird die Etablierung des demokratischen Verfassungsstaates beschrieben, die relevanten Institutionen des politischen Systems auf der zentralen, regionalen und kommunalen Ebene und ihre Funktion im politischen Prozess dargestellt; zugleich werden das Parteiensystem, das Wahlsystem, die Wahlen und das Wählerverhalten behandelt. Im Kapitel über die Wirtschaft werden die Wirtschaftsverfassung sowie die Entwicklung im Bereich der Industrie, des Handels und Gewerbes dargelegt. Das Kapitel über die Gesellschaft dokumentiert die gegenwärtige Sozialstruktur, gesellschaftliche Konfliktlinien und aktuelle Situation der Gewerkschaften, der Kirchen sowie der Zivilgesellschaft. Der Schwerpunkt liegt in der eingehenden Untersuchung des Konsolidierungsstands des politischen Systems und der Marktwirtschaft unter verschiedenen Aspekten. Abschließend erfolgt eine Gesamtbilanz und Kurzprognose.

II. Systemwechsel

1. Massen und Eliten

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Warschauer-Pakt-Truppen 1968 herrschte zehn Jahre lang politische Totenstille. Die im Lande verbliebenen Bürger waren von Gefühlen der Depression und sozialen Apathie erfasst; ihre Angstgefühle äußerten sich in der Flucht ins Private. Dadurch breitete sich soziale Schizophrenie aus: In der Öffentlichkeit verhielt sich die Bevölkerung loyal zum verhassten Regime und huldigte der Partei. Nur im Privaten trauten sich die Menschen, ihre wahren Gedanken offen zu äußern; Lüge und Heuchelei gehörten deshalb zum Alltagsleben.

Das Stillschweigen wurde erst durch das mutige Auftreten der Charta 77 durchbrochen. Die Charta 77 blieb jedoch auf einen kleinen, elitären, von der kommunistischen Staatssicherheit vollständig isolierten Personenkreis beschränkt. Die Massen blieben in der passiven Opposition. Eine breite Oppositionsbewegung gegen das verachtete kommunistische Regime entstand erst gegen Ende der 1980er Jahre, als die in der Sowjetunion eingeleitete Perestrojka berechnete Hoffnungen auf ein mögliches Ende der kommunistischen Diktatur aufkeimen ließ.

2005, S. 270; Freedomhouse 2009 (<http://www.freedomhouse.org/temp/late.cfm?page=363&year=2009&country=7594>, letzter Zugriff 24.8.2010).

2. Die friedliche Revolution

Die friedliche Revolution 1989, ausgelöst von einer Studentendemonstration, führte zu einer schnellen Implosion der bereits ausgehöhlten kommunistischen Diktatur. Die brutale Niederwerfung der Studentendemonstration durch die Polizei am 17. November 1989, es verbreitete sich eine Nachricht von einem getöteten Studenten, mobilisierte die Bevölkerung und rief eine Folge von Massenkundgebungen mit bis zu 800000 Teilnehmern, einen zeitlich unbegrenzten Studentenstreik sowie einen landesweiten, zweistündigen Generalstreik hervor.

Nach zehn Tagen friedlicher Demonstrationen gaben die kommunistischen Machthaber dem Druck der Bevölkerung nach. KP-Parteichef Miloš Jakeš trat am 24. November 1989 zurück. Die Machtübergabe wurde zwischen dem aus zwölf Oppositionsgruppen gebildeten „Bürgerforum“ und der kommunistischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Ladislav Adamec ausgehandelt. Staatspräsident Husák ernannte am 10. Dezember 1989 in letzter Amtshandlung die mehrheitlich nichtkommunistische Regierung Marián Čalfa. Die Abgeordneten der kommunistischen Bundesversammlung, die es bis dahin gewöhnt waren, immer bedingungslos zuzustimmen, wählten im Dezember 1989 den Protagonisten der antikommunistischen Bewegung, Václav Havel, zum tschechoslowakischen Staatspräsidenten, und die Symbolfigur des Prager Frühlings, Alexander Dubček, zum Präsidenten der Bundesversammlung.

3. Die Spaltung der Tschechoslowakei

Am 1. Januar 1993 löste sich die Tschechoslowakei, das „Glückskind des Versailler Vertrages“, durch Dismembration auf.¹¹ Aus ihrer Konkursmasse entstanden zwei neue völkerrechtliche Subjekte, die Tschechische und die Slowakische Republik. Die Spaltung der ČSFR war Bestandteil des Auflösungsprozesses von föderalen Vielvölkerstaaten in Mittel- und Osteuropa nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen, die diese Staaten mit Hilfe von zentralistischen Strukturen der kommunistischen Parteien gewaltsam zusammengehalten hatten. Die Teilung der Tschechoslowakei entsprach jedoch - im Gegensatz zu anderen Ländern - nicht dem mehrheitlichen Willen der Bevölkerung. Die Hauptursachen der Teilung waren vielmehr die unterschiedliche politische Kultur beider Völker, divergierendes Wähler-

¹¹ Vgl. Ingo von Münch/Günter Hoog, Zánik československého státu z mezinárodněprávního hlediska (Auflösung des tschechoslowakischen Staates aus völkerrechtlicher Sicht), In: Karel Vodička (Hg.), Dělení Československa. Deset let poté, Prag 2003, S. 131-153, hier 133; Ingo von Münch/Günter Hoog, Auflösung des tschechoslowakischen Staates aus völkerrechtlicher Sicht. In: Rüdiger Kipke/Karel Vodička (Hg.), Abschied von der Tschechoslowakei, Köln 1993, S. 163-179, hier 164.

verhalten sowie das Fehlen geeigneter konstitutioneller Mechanismen zur Konfliktregulierung.

Tschechen und Slowaken waren zwar zwei sprachlich verwandte, kulturell jedoch unterschiedliche Völker. Von besonderer Bedeutung waren die unterschiedlichen Einstellungen zu Marktwirtschaft und Privatisierung.¹² Die Tschechen stimmten bei den Parlamentswahlen 1992 für radikale Reformen, die Slowaken dagegen. Aus diesem Grund vertraten die tschechischen und slowakischen Wahlgewinner nach den Wahlen 1992 gegensätzliche Konzepte. Ihre Kompromissbereitschaft bei den Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen war gering - keine der Verhandlungsseiten war bereit, die Macht, die Posten und den Einfluss bei der anstehenden Massenprivatisierung des Staatseigentums zu teilen. Der Wahlausgang verlieh den tschechisch-slowakischen Kontroversen eine explosive Dynamik, die binnen weniger Wochen zur politischen Entscheidung über die Auflösung des gemeinsamen Staates führte.¹³

Durch die Tatsache, dass die Akteure der Trennung einen Volksentscheid zu dieser Frage verhinderten, fühlten sich Slowaken wie auch Tschechen betrogen. Wie Umfragen belegen, hätten sie gegen die Teilung gestimmt.¹⁴ Die entschiedensten Verfechter des gemeinsamen Staates waren die Ungarn in der Slowakei, die im Rahmen der Tschechoslowakei ihre Minderheitenrechte besser geschützt sahen. Die Entwicklungen gaben ihnen Recht. Der in der Zeit der Tschechoslowakei kaum wahrzunehmende slowakisch-ungarische Nationalitätenkonflikt spitzte sich in der selbständigen Slowakei wieder zu.¹⁵

Der Zerfall der Tschechoslowakei war ein Verlust für beide Völker und muss den Transformationskosten zugerechnet werden. Die negativen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen trugen beide Nachfolgestaaten.¹⁶

¹² Vgl. Vladimír Krivý/Iveta Radičová, *Atmosféra dovery a atmosféra nedovery? (Atmosphäre des Vertrauens und Atmosphäre des Mißtrauens?)*, In: *Sociologické aktuality (Soziologische Aktualitäten)*, Heft 2/1992, S. 1-5, hier S. 2.

¹³ Vgl. Karel Vodička, *Koalitionsabsprache: Wir teilen den Staat!* In: Rüdiger Kipke/Karel Vodička (Hg.), *Abschied von der Tschechoslowakei*, Köln 1993, S. 77-106, hier 79.

¹⁴ Vgl. Martin Bútora/Zora Bútorová, *Neznesiteľná ľahkosť rozchodu (Die unerträgliche Leichtigkeit der Trennung)*, In: Karel Vodička (Hg.), *Dělení Československa. Deset let poté*, Prag 2003, S. 69-104, hier 85.

¹⁵ Vgl. Karel Vodička, *Risikofaktoren im Konsolidierungsprozess der Slowakei*. In: *Europäische Rundschau*, 29 (2001) 4, S. 43-52, hier 47.

¹⁶ Vgl. Pithart, *Konec dobrý*, S. 320; Eric Stein, *Česko-Slovensko*, S. 229; Šujan, *Hospodárske*, S. 119; Gál, *Rozpad Československa*, S. 105; Vodička, *Das politische System Tschechiens*, 2005, S. 53.

III. Etablierung des demokratischen Verfassungsstaates

1. Politik

1.1. Staatsverfassung

Die geltende Verfassung¹⁷ fand ihr historisches Vorbild in der Verfassungsurkunde der ersten Tschechoslowakei. Aus der konstitutionellen Tradition wurde die Verfassungsstruktur übernommen, das parlamentarische Regierungssystem, das Zweikammerparlament sowie das Verhältniswahlsystem für die Abgeordnetenversammlung. An einigen Bestimmungen der tschechischen Verfassungsurkunde (z.B. unveränderlicher Verfassungskern, Verfassungsgerichtsbestimmungen) kann man Einflüsse des deutschen Grundgesetzes erkennen. Leider hat Tschechien nicht das deutsche konstruktive Misstrauensvotum für die Regierung übernommen.

Die Konstitution sieht eine einzige unmittelbare demokratische Legitimierung der zentralen Verfassungsorgane vor, nämlich die Wahl des Parlaments. Alle anderen zentralen Staatsorgane, einschließlich des Staatspräsidenten, leiten sich vom Parlament ab und sind entsprechend minder legitimiert.

1.2. Staatspräsident, Regierung, Verwaltung

Staatspräsident

Der Staatspräsident wird durch beide Parlamentskammern gewählt. Er ist für seine Amtsausübung niemandem Rechenschaft schuldig und kann während seiner Amtszeit nicht abberufen werden. Seit der Gründung der Tschechischen Republik 1993 waren zwei Staatspräsidenten im Amt, Václav Havel und Václav Klaus.

Die innen- und außenpolitischen Verdienste des ersten Staatsoberhauptes Tschechiens, Václav Havel, sind immens. Er war die bedeutendste Persönlichkeit des antikommunistischen Widerstands und wurde 1989 zum Kopf des Bürgerforums (Občanské fórum), das die „Samtene Revolution“ organisierte. Er unterstützte nach 1990 als Staatspräsident demokratisch orientierte Kräfte und setzte sich energisch für die Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln ein.¹⁸

Václav Klaus zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Fähigkeit aus, Mehrheiten für sich zu gewinnen, und ist – im positiven wie im negativen Sinne – einer der wichtigsten Protagonisten der Transformation. Er gründete die Demokratische Bürgerpartei (ODS), setzte seine

¹⁷ Vgl. VerfG 1/1993: Verfassungsgesetz 1/1993, Verfassung der Tschechischen Republik.

¹⁸ Vgl. Vodička, Das politische System Tschechiens, 2005, S. 210.

Vorstellungen der radikalen Wirtschaftsreformen durch und war einer der Hauptakteure der Spaltung der Tschechoslowakei. Sein ausgeprägter Euroskeptizismus wird im In- und Ausland oft kritisiert.

Regierung

Die starke Parlamentsfraktion der politisch isolierten Kommunistischen Partei, die stets zur Opposition gehört, erschwert nachhaltig die Bildung einer Regierungskoalition. Nach allen Parlamentswahlen entstand regelmäßig eine Pattsituation, da keine der Parteien imstande war, eine überzeugende Regierungsmehrheit im Parlament zu formieren. Entweder verfügten die Regierungen über eine hauchdünne Mehrheit oder sie wurden von einer Oppositionspartei toleriert. Trotz der diffizilen Mehrheitsverhältnisse in der Abgeordnetenkammer gehören die tschechischen Regierungen zu den stabileren im postkommunistischen Raum. In vielen osteuropäischen Staaten kam es 1989-2008 fast jedes Jahr zum Regierungswechsel.¹⁹ In Tschechien musste die Regierung dagegen „nur“ viermal (1998; 2004; 2005 und 2009) vor Ablauf der Legislaturperiode zurücktreten.

Nach den Parlamentswahlen 2010 wurde eine Mitte-Rechts-Regierungskoalition aus der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) und den zwei neu gegründeten Parteien, der TOP 09 und der Partei Öffentliche Angelegenheiten (VV), gebildet. Zum ersten Mal verfügt die Regierungskoalition über eine überzeugende Mehrheit von 118 Mandaten von 200. Als ein Unsicherheitsfaktor in dieser Koalition kann sich die populistische Partei Öffentliche Angelegenheiten erweisen, die weder über ein klares Profil noch über erfahrene Politiker verfügt.

Verwaltung

Tschechien ist ein Einheitsstaat. Die zentralen Verwaltungsorgane dürfen lediglich durch ein Gesetz errichtet werden und sind für das gesamte Staatsterritorium zuständig. Das Gesetz 2/1969 verankert zwei verschiedene Arten von Zentralorganen der Staatsverwaltung, und zwar solche, an deren Spitze ein Regierungsmitglied steht (Ministerien), und sonstige Zentralorgane der Staatsverwaltung. Die zentralen Staatsverwaltungsorgane sind hierarchisch gegliedert und befugt, aufgrund eines Gesetzes und in seinen Grenzen allgemeinverbindliche Rechtsvorschriften zu erlassen. Die Verfassungsverantwortung trägt der Minister. Die stellvertretenden Minister haben keinen Verfassungsrang.

¹⁹ Vgl. Wolfgang Ismayr, Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In: ders. (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2010, S. 9-78, hier 33; Wolfgang Ismayr, Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In: ders. (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2004, S. 9-69, hier 31.

1.3. Politische Parteien und Parteiensystem

Die ersten freien Parlamentswahlen 1990 trugen den Charakter eines Plebiszits gegen den Kommunismus – es siegten überzeugend die Revolutionsbewegungen. Die kurze Periode des negativen Konsenses eines Großteils der Öffentlichkeit ging in dem Augenblick zu Ende, in dem anstelle der Abschaffung der kommunistischen Diktatur die Machtteilhabe sowie die Durchsetzung eigener Vorstellungen über Demokratie und Marktwirtschaft zum Hauptziel der Politik wurden. Im gesamten Parteiensystem ging ein turbulenter Differenzierungs- und Polarisierungsprozess vonstatten. Abgeordnete aus neun Parteien wurden 1990 in die Bundesversammlung gewählt. Die Parlamentsfraktionen zerfielen allerdings so rasch, dass im Verlauf der Wahlperiode 1990-1992 in der Bundesversammlung insgesamt 27 verschiedene politische Gruppierungen vertreten waren.²⁰ Bereits nach den Parlamentswahlen 1992 hat sich indessen ein bipolares Parteiensystem stabilisiert – zwei stärkere Parteien (Demokratische Bürgerpartei und Sozialdemokratische Partei) wechseln sich mit kleineren Koalitionspartnern an der Regierung.

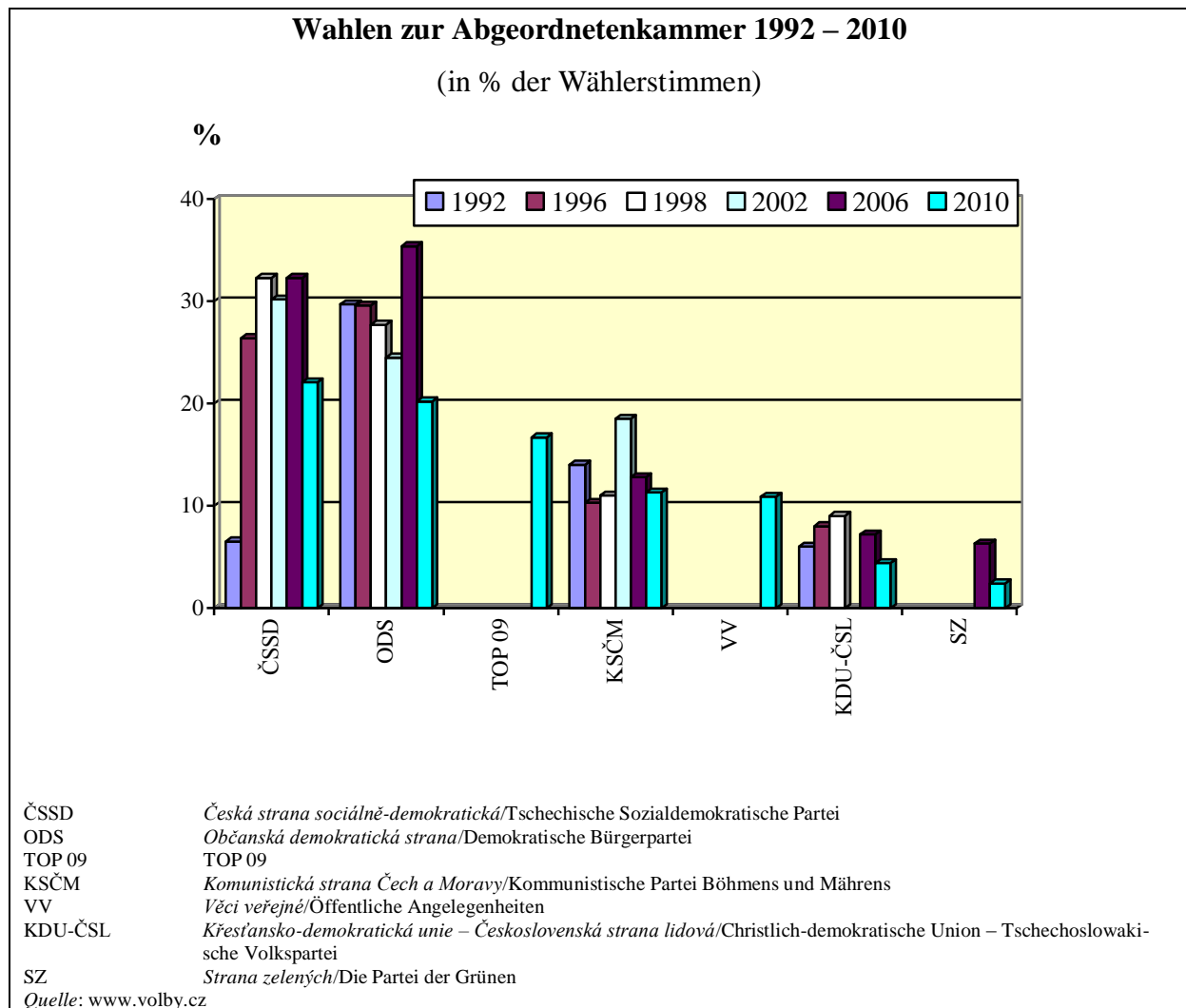
1.4. Wahlsystem, Wahlen und Wählerverhalten

Die Wahlen finden durch geheime Stimmabgabe aufgrund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts statt. Die Wahlen zum Senat werden nach dem Mehrheits-, die zur Abgeordnetenversammlung nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt. Wahlberechtigt sind tschechische Staatsangehörige ab 18 Jahren, seit der Wahlgesetznovelle 204/2000 auch im Ausland lebende. Eine Wahlpflicht liegt nicht vor.

Die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung werden alle vier Jahre durchgeführt. Gemäß der Wahlgesetznovelle 121/2002 gibt es 14 Wahlkreise, die mit Selbstverwaltungskreisen (kraje) identisch sind. Jede Partei stellt für die einzelnen Wahlkreise Kandidatenlisten auf. Die Mandate werden durch das D'Hondtsche Höchstzahlverfahren auf der Wahlkreisebene zugeteilt. Das Proportionalsystem wurde durch eine Prozentklausel (5 Prozent pro Partei, auch in Wahlkoalitionen) und sogenannte Präferenzstimmen modifiziert. Die Präferenzstimmen erlauben dem Wähler, auf der Kandidatenliste einer Partei vier Namen zu kennzeichnen. Nutzen diese Möglichkeit mindestens 5 Prozent der Wähler in einem Wahlkreis, werden die Mandate nach Präferenzstimmen vergeben. Die Wähler haben bei den Abgeordnetenhauswahlen 2010 ihre Präferenzstimmen munter genutzt: es wurden 3,7 Millionen Präferenzstimmen abgegeben. Dies hat die Kandidatenreihenfolge auf den Parteienlisten radikal geändert, was zum Rückzug

²⁰ Vgl. Vodička, Politisches System Tschechiens, 1996, S. 258.

einiger (in der Öffentlichkeit unbeliebter) hoher Parteifunktionäre aus der Politik geführt hat. Die Möglichkeit, Präferenzstimmen zu vergeben, stärkt das demokratische Prinzip. Als fraglich muss allerdings die „Nebenwirkung“ der Präferenzstimmen angesehen werden - das 2010 neu gewählte Parlament besteht zu zwei Dritteln aus politischen Neulingen.



Das Wählerverhalten wird insbesondere durch soziale Stellung, Wertvorstellungen, Glauben und Bildung der Bürger geprägt. Ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung wählen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Position. Wähler mit höherem Einkommen wählen überwiegend Rechtsparteien, Geringverdiener tendieren zu Sozialdemokraten oder Kommunisten. Die Sozialdemokraten werden hauptsächlich von Arbeitnehmern gewählt – in erster Linie von Arbeitern in den altindustriellen Regionen Nordmährens und Nordböhmens, die mit ihrer Situation aufgrund zunehmender sozialer Disparitäten unzufrieden sind. Die Parteiidentifikation der Wähler der Sozialdemokratie ist jedoch nur schwach ausgeprägt. Die Demokratische Bürgerpartei wird von Akademikern und Unternehmern bevorzugt. Die – hoch disziplinierten -

Stammwähler der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens sind hauptsächlich Rentner, oft ehemalige Parteikader, die von der Entwicklung nach 1989/90 enttäuscht sind; hinzu kommen junge Protestwähler.²¹

1.5. Parlament

Die gesetzgebende Gewalt obliegt ausschließlich dem Parlament, das sich aus zwei Kammern, der Abgeordnetenkommission (Poslanecká sněmovna) mit 200 Abgeordneten und dem Senat (Senát) mit 81 Senatoren, zusammensetzt. Die Abgeordnetenkommission dominiert den Gesetzgebungsprozess. Wenn der Senat eine Gesetzesvorlage ablehnt, kann sein Veto durch eine absolute Mehrheit aller Abgeordneten überstimmt werden. Die Gesetzgebungsinitiative des Senats ist mit einem Anteil von nur 2 Prozent der vorgelegten Gesetze gering.²³ Gleichwohl bewährte sich der Senat in der Vergangenheit als eine institutionelle Absicherung gegen Wahlgesetz- und Verfassungsmanipulationen im Interesse der großen Parteien.

1.6. Justiz

Die Basis des Gerichtssystems stellen 86 Bezirksgerichte (Okresní soud), in Prag Stadtbezirksgerichte (Obvodní soud), dar. Die zweite Stufe des Gerichtssystems besteht aus acht Kreisgerichten (Krajský soud), die dritte Stufe stellen zwei Obergerichte (Vrchní soud) in Prag und Olmütz dar. An der Spitze des Gerichtssystems steht der Oberste Gerichtshof (Nejvyšší soud) mit Sitz in Brunn.

Das Gerichtssystem ist grundsätzlich einheitlich, die Verfassung sieht keine spezialisierten Zweige des Gerichtssystems wie etwa Arbeits-, Finanz-, oder Sozialgerichte vor. Eine Ausnahme stellt die Verwaltungsgerichtsbarkeit dar, die durch spezialisierte Senate der Kreisgerichte und durch das Oberste Verwaltungsgericht ausgeübt wird.²⁴ Die früheren Militärgerichte wurden 1993 aufgelöst.

Die Richter werden vom Staatspräsidenten (mit Gegenzeichnung des Justizministers) auf Lebenszeit ernannt und sind bei ihrer Amtsausübung unabhängig. Ein Richter darf gegen seinen Willen nicht entlassen oder an ein anderes Gericht versetzt werden. Ausnahmen, die sich insbesondere aus der disziplinarrechtlichen Verantwortung ergeben, regelt das Gesetz.

²¹ Vgl. Vodička, Das politische System Tschechiens, 2005, S. 196.

²³ Vgl. Zdenka Mansfeldová, Das tschechische Parlament in Zeichen allmählicher Stabilisierung. In: Susanne Kraatz/Silvia von Steinsdorff (Hg.), Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa, Opladen 2002, S. 111-125, hier 119.

²⁴ Vgl. Milan Polján, Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Tschechien. In: Bernd Wieser/Armin Stolz (Hg.), Vergleichendes Verwaltungsrecht in Ostmitteleuropa, Wien 2004, S. 459-489, hier 461.

Nach dem Umbruch 1989 sah sich die tschechische Justiz mit einer hohen Überlastung konfrontiert. Sowohl die tschechische Öffentlichkeit als auch Vertreter der EU-Kommission kritisierten die überlangen Gerichtsverfahren; nur 26 Prozent der Bürger vertrauten den Gerichten.²⁵ Inzwischen (Stand 2010) sind die Gerichte ausreichend finanziell ausgestattet, die Richtergehälter betragen das Zwei- bis Fünffache des Durchschnittsgehalts. Die Effizienz des Gerichtssystems wird im Allgemeinen besser, es überdauern jedoch erhebliche regionale Unterschiede.²⁶

Die Verfassungsgerichtsbarkeit erlebte in Mittel- und Osteuropa nach dem Zusammenbruch kommunistischer Regime einen Siegeszug. Das tschechische Verfassungsgerichtsmodell verankert die Konzeption der spezialisierten, konzentrierten Verfassungsgerichtsbarkeit. Das Verfassungsgericht besteht aus 15 Richtern, die vom Staatspräsidenten mit Zustimmung des Senats für 10 Jahre ernannt werden. Die Verfassungsrichter sind unabhängig, in ihren Entscheidungen lediglich an Verfassungsbestimmungen und völkerrechtliche Verträge hinsichtlich Menschenrechte gebunden. Das Verfassungsgericht ist befugt, Gesetze und andere Rechtsvorschriften bzw. einzelne Rechtsbestimmungen aufzuheben, sofern diese der Verfassungsordnung widersprechen. Die Beschlüsse des Verfassungsgerichts müssen von betroffenen Institutionen respektiert werden.

1.7. Massenmedien und Politikvermittlung

Die Massenmedien erfuhren nach der Abschaffung des kommunistischen Informationsmonopols eine stürmische Entwicklung. Die Gesamtzahl der Periodika wuchs 1989/1999 von 772 auf 3894 (davon Tageszeitungen von 30 auf 208), die Anzahl der registrierten Verlage von 45 auf 1484 und die der jährlich herausgegebenen Buchtitel von 4000 auf 13000.²⁷ Zahlreiche Bücher, die in der kommunistischen Ära verboten waren, erschienen. Einen spektakulären Aufschwung verzeichneten die elektronischen Medien.

Die Tätigkeit der elektronischen Medien wird durch mehrere Institutionen beaufsichtigt und reglementiert. Der durch die Abgeordnetenkammer bestellte Rat für Rundfunk- und Fernsehsendungen verteilt befristete Lizenzen an private Rundfunk- und TV-Sender. Die laufende Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunksender wird durch den Rat des

²⁵ Vgl. Pavel Holländer, Die Gerichtsbarkeit in der Tschechischen Republik, In: Marko Joseph et al., (Hg.), Revolution und Recht. Systemtransformation und Verfassungsentwicklung in der Tschechischen und Slowakischen Republik, Frankfurt a. M. 2000, S. 87–115, hier 103f.; Vodička, Das politische System Tschechiens, 2005, S. 228 f.

²⁶ Vgl. Vodička/Cabada, Politický systém, S. 293.

²⁷ Vgl. Ivo Možný, Česká společnost. Nejdůležitější fakta o kvalitě našeho života (Die Tschechische Gesellschaft. Das Wichtigste über unsere Lebensqualität), Prag 2002, S. 150.

Tschechischen Fernsehens und den Rat des Tschechischen Rundfunks gewährleistet. Beide Gremien bestehen aus neun Mitgliedern, die ebenfalls von der Abgeordnetenkammer ernannt werden.

Die privaten Fernseh- und Rundfunkanstalten gehören mehrheitlich ausländischen Eigentümern. Während private TV-Anstalten hohe Profite erzielen, erwirtschaftete das öffentlich-rechtliche Tschechische Fernsehen zunehmende Verluste.²⁸

Auch die Printmedien befinden sich überwiegend im Eigentum ausländischer Verlage. Bei der Boulevardzeitung *Blesk* (Auflage 380000, Ringier-Verlag) ist keine Parteinähe zu erkennen, politische Themen werden gemieden. Die Tageszeitung *Mladá fronta dnes* (Auflage 311000, Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft) vertritt oft Standpunkte der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), die Zeitung *Právo* (184000, Verlag Borgis) steht der Sozialdemokratie näher. Die Tageszeitung *Lidové noviny* (73000, Mafra-Verlag) ist rechtsliberal orientiert. Die Regionalzeitungen gehören überwiegend dem bayerischen Verlag Passauer Neue Presse).²⁹

1.8. Regionen (Kreise)

Das Gebiet Tschechiens gliedert sich in 14 Selbstverwaltungskreise, davon 13 Flächenkreise und die Hauptstadt Prag. In den böhmischen Ländern werden im Hinblick auf die österreichische Verwaltungstradition die größeren Verwaltungsgebiete Kreise (*kraje*) und die kleineren Bezirke (*okresy*) genannt. Die 14 Kreise bestehen aus insgesamt 76 Bezirken, die Bezirke aus 6292 Gemeinden.

Die Kreise wurden als regionale Selbstverwaltungsorgane durch das VerfG 347/1997 eingerichtet, das durch die Kreistagswahlen 2000 vollzogen wurde. Die Konstituierung der regionalen Selbstverwaltungsebene unterstützte die Stabilität des politischen Systems. Das politische System wird von den Machtverschiebungen im Zentrum weniger beeinflusst und die Parteizentralen können aus den Regionalparlamenten bereits erfahrene und bewährte Politiker rekrutieren. In den Kreisen werden unabhängig vom Zentrum verschiedene Parteienkoalitionen gebildet, was die Parteienpolarisierung mildert.

Die Kreise besitzen sowohl Selbstverwaltungsbefugnisse (eigener Wirkungskreis) als auch Staatsverwaltungskompetenzen (übertragener Wirkungskreis). Sie verfügen über umfassende Befugnisse insbesondere in den Bereichen Verkehr, Gesundheits- und Schulwesen, Denkmalschutz und Raumplanung.

²⁸ Vgl. Lucie Tvarůžková, Jak zachránit Kavčí hory, in: Týden Nr. 16/2003, S. 40-44, hier 44.²⁹ Vgl. Ekonom, Heft 42/2004, S. 7; Vodička/Cabada, Politický systém, S. 245.

²⁹ Vgl. Ekonom, Heft 42/2004, S. 7; Vodička/Cabada, Politický systém, S. 245.

Das regionale Parlament ist der von den Bürgern für vier Jahre gewählte Kreistag (Krajské zastupitelstvo). Die Kreistagswahlen 2008 gewann die Sozialdemokratische Partei mit 36 Prozent der Wählerstimmen.³⁰ Vom Kreistag werden Kreisrat (Rada kraje), Kreishauptmann (Krajský hejtman) und dessen Stellvertreter als Exekutivorgane des Kreises gewählt.

1.9. Kommunen

Den Grundstein des Selbstverwaltungssystems bilden die Gemeinden (obce). Die Gemeindevertretungen werden nach dem Verhältniswahlrecht für vier Jahre gewählt. Bei den Kommunalwahlen sind regelmäßig die unabhängigen Kandidaten am erfolgreichsten, 2006 erlangten sie 58 Prozent der Mandate.³¹ Die Gemeinden verfügen über eigene Rechtssubjektivität und können Eigentum besitzen. Mit ihren Finanzmitteln wirtschaften sie selbständig. Die Gemeinden üben sowohl Selbstverwaltungsbefugnisse (primäre, selbständige Kompetenz), als auch Staatsverwaltungsgewalt (durch den Staat übertragene Staatsverwaltungskompetenzen) aus, wobei die Gemeinden als ausführendes Organ der zentralen Staatsverwaltung handeln. Den übertragenen Wirkungsbereich kennen die Gemeindeverfassungen aller ostmitteleuropäischen Länder, allerdings ist in Tschechien die Übertragung - wegen der Auflösung der Bezirksämter als Staatsverwaltungsorgane - besonders umfassend.³²

Die Selbstverwaltung wird als primär aufgefasst. Sofern ein Gesetz nichts anderes bestimmt, handelt es sich um Selbstverwaltungsangelegenheiten. Bei der Wahrnehmung ihrer Selbstverwaltungskompetenzen sind Gemeinden lediglich an Gesetze gebunden. Sie können allgemein verbindliche Bekanntmachungen erlassen, die aber verfassungs- und gesetzkonform sein müssen. Gemeinden beschließen den Gemeindehaushalt und können verschiedene Fonds bilden. Ihre Einnahmen bestehen hauptsächlich aus Gemeindesteuern, -abgaben und -gebühren, aus Anteilen an gesamtstaatlich erhobenen Steuern sowie aus eigenen unternehmerischen Tätigkeiten. Außerdem erhalten sie Zuschüsse vom Staatshaushalt und aus den EU-Regionalprogrammen.

³⁰ Vgl. Volby2010, <http://www.volby.cz/pls/ps2010/ps?xjazyk=CZ>, letzter Zugriff 13.8.2010.

³¹ Vgl. ebd.

³² Vgl. Armin Stolz, Die Verwaltungsorganisation im Vergleich. In: Bernd Wieser/Armin Stolz (Hg.), Vergleichendes Verwaltungsrecht in Ostmitteleuropa, Wien 2004, S. 159-195, hier 188.

2. Wirtschaft

2.1. Allgemein

Die erste Tschechoslowakei 1918/1939 nahm in der Weltrangliste der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den zehnten Platz ein. In der kommunistischen Ära fiel sie jedoch drastisch zurück. Nach der friedlichen Revolution wurde die Staatswirtschaft zügig privatisiert und mit Hilfe ausländischer Direktinvestitionen modernisiert. Tschechien zählt zu den bevorzugten Ländern für Auslandsinvestoren, die nicht nur eine Modernisierung von Anlagen und Strukturen mit sich brachten, sondern auch eine rasche Steigerung der Produktivität sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Mehr als 80 Prozent der Direktinvestitionen stammen aus den Ländern der EU-15. Die Investitionen flossen vornehmlich in Finanzbranche, Handel und Gastronomie, Maschinenbau und Fahrzeugindustrie, sowie Transport und Telekommunikation.³³ Für deutsche Investoren ist Tschechien nach einer Umfrage der Deutschen Außenhandelskammer der attraktivste Standort Mittel- und Osteuropas. Deutsche Unternehmen investierten in Tschechien mit 20 Milliarden Euro mehr als in den Wachstumsmärkten China, Brasilien, Russland und Indien.³⁴ Einen Nachteil für den Wirtschaftsstandort Tschechien stellen die gegenüber dem Euro relativ großen Schwankungen der Krone dar.

2.2. Wirtschaftsverfassung

Sowohl die Freiheit der Berufswahl als auch die der unternehmerischen Tätigkeit werden verfassungsmäßig und auch real gewährleistet. Der Staat verpflichtet sich, diejenigen, die das Recht auf freie Berufsausübung ohne eigene Verschuldung nicht wahrnehmen können, in angemessenem Umfang materiell zu unterstützen. Für Ausländer können durch ein Gesetz abweichende Regelungen getroffen werden. Das Streikrecht sowie das Recht, sich mit anderen zur Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu vereinigen, werden garantiert. Einigen besonderen Berufsgruppen (Richter, Staatsanwälte, Militärangehörige und Polizisten) steht kein Streikrecht zu.

³³ Vgl. www.raiffeisen.at/eBusiness/rai_template1/184143574777874146-186488671210225938187870267510275880-123682842415716912-NA-1-NA-NA-NA.html, letzter Zugriff 5.10.2010.

³⁴ Vgl. AHK-Umfrage in Tschechien Online vom 29.6.2010, <http://www.tschechien-online.org/news/17096-tschechien-deutschen-investoren-favorisiert>, letzter Zugriff 5.10.2010.

2.3. Industrie

Der Industrieanteil am BSP beträgt 32 Prozent. Die ausländischen Pro-Kopf-Investitionen erreichten um die Jahrtausendwende Rekorde und wirkten sich positiv auf wirtschaftliche Entwicklung, Umstrukturierung der Firmen sowie Beschäftigung aus.³⁵ Die jährlichen Industrierowachstumsraten betragen 2002-2008 zwischen 4 Prozent und 10 Prozent.³⁶ Als wichtigste Industriebereiche sind Maschinenbau und Fahrzeugindustrie, ferner chemische, petrochemische und pharmazeutische Industrie zu nennen. Die weitgehende Orientierung der Exportwirtschaft auf die Fahrzeugindustrie hat sich in der Krise 2009 entgegen den Erwartungen nicht nachteilig gezeigt – die Automobilbranche verzeichnete 2009 Absatzrekorde. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Industrie nimmt stets zu, da das Pro-Kopf-BSP schneller wächst als die Reallöhne.

2.4. Handel, Gewerbe, Dienstleistungen

Die Umsätze im Dienstleistungssektor (BSP-Anteil 60 Prozent) sind 2000/2008 um 30 Prozent gestiegen, in den Krisenjahren 2009/2010 gingen sie allerdings wieder zurück. Wichtige Segmente des Dienstleistungssektors sind die Touristikbranche, der Außenhandel und die Finanzdienstleistungen. Der Fremdenverkehr verzeichnete nach der Grenzöffnung 1990 einen beispiellosen Boom. Die Ausgaben der Bevölkerung für Reisen wuchsen um bis zu 200 Prozent pro Jahr. Ähnlich dynamisch wuchsen die Erlöse durch den Einreisetourismus.

Tschechien wurde nach 1989 zu einem Exportland. Der Außenhandelsumsatz nahm rasant zu, wobei ein immer größerer Außenhandelsüberschuss (insbesondere mit EU-Ländern) erzielt wurde. Auch die Exportwarenstruktur hat sich verbessert - der Anteil von hochwertigen Produkten wie Maschinen, Elektronik und Transportmittel wurde immer größer. Der wichtigste Außenhandelspartner ist Deutschland. Die Importe aus Deutschland sind 1993-2004 um das Dreifache gestiegen, die tschechischen Exporte nach Deutschland haben sich im gleichen Zeitraum sogar verfünffacht.³⁷

Nach der Entschuldung, Restrukturierung und Privatisierung des Bankensektors in den 1990er Jahren befinden sich praktisch alle größeren tschechischen Banken in ausländischem Eigentum. Die Finanzkrise 2009 haben die tschechischen Banken gut überstanden. Sie wiesen

³⁵ Vgl. Florian Eckert, *Vom Plan zum Markt*, Wiesbaden 2008, S. 227.

³⁶ Vgl. E15-3, http://www.e15.cz/financni-data/makroekonomika/?utm_medium=cpc&utm_source=seznam&utm_campaign=prum-mzda, letzter Zugriff 23.9.2010.

³⁷ Angaben: Český statistický úřad, <http://www.czso.cz/>; Innovations-Report: Tschechien wichtigster Handelspartner in Mittel- und Osteuropa, <http://www.innovations-report.de/html/berichte/statistiken/bericht-9702.html>, letzter Zugriff 23.9.2010.

lediglich einen verkraftbaren Anteil an toxischen Krediten auf – die meisten haben 2009 Gewinne erwirtschaftet.

3. Gesellschaft

3.1. Sozialstruktur, gesellschaftliche Konfliktlinien

Die Kommunistische Partei bewirkte in den 1970er Jahren durch eine radikale Anhebung des Kindergeldes einen wahren Babyboom. Nach dem Umbruch 1989 erreichten die geburtenstarken Jahrgänge (in der Journalistensprache „Husáks-Kinder“) das Erwachsenenalter, was dazu beitrug, dass die Bevölkerungszahl Tschechiens während der Adaptationskrise zur Marktwirtschaft nicht zurückging – sie wuchs geringfügig von 10,3 Millionen (1989) auf 10,4 Millionen (2008). Die Geburtenzahl blieb 1989-2008 beständig auf dem Niveau von ca. 100000 pro Jahr. Der Zugezogenen/Abgezogenen-Saldo war im gleichen Zeitraum stets positiv, mit steigender Tendenz (1989: 1000; 2008: 72000). Während Frauen/Männer 1989 im Durchschnitt mit 22/25 Jahren heirateten, war dies 2008 mit 29/31 Jahren bereits wesentlich später. Die privaten und beruflichen Chancen und Risiken, welche die Freiheit und die Marktwirtschaft brachten, und der Einfluss des westlichen Lebensstiles veränderten in historisch kurzer Zeit die überlieferten Traditionen - in Prag noch schneller als in der Provinz. Die Lebenserwartung erhöhte sich 1989-2008 von 75/68 Jahren (Frauen/Männer) deutlich auf 80/74.³⁸ Die Probleme, die mit der Alterung der Gesellschaft zusammenhängen, zeichnen sich allerdings bereits ab.

Die Bevölkerung Tschechiens ist national homogen, der Minderheitenanteil mit 2 Prozent Slowaken, 0,5 Prozent Polen, 0,4 Prozent Deutschen und 0,1 Prozent Roma gering.³⁹ Der tatsächliche Bevölkerungsanteil der Roma, der einzigen großen, sozial ausgeschlossenen ethnischen Minderheit, liegt allerdings nach Schätzungen weit höher als die Volkszählungen ergeben, etwa bei 275000, was fast 3 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.⁴⁰ Der Ausländeranteil (Slowaken, Ukrainer, Vietnamesen, Polen, Russen, Deutsche) nimmt mit zunehmenden Wohlstand stets zu: 2004 waren es 256000, 2008 bereits 438000 Ausländer.⁴¹ Dies umfasst etwa 4 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Für die Zeit nach dem Umbruch waren radikale Veränderungen der Sozialstruktur, rasch zunehmende soziale Disparitäten sowie eine schwach ausgeprägte Mittelschicht kennzeich-

³⁸ Angaben: Český statistický úřad, <http://www.czso.cz/>, Zugriff 4.10.2010.

³⁹ Vgl. ebd.

⁴⁰ Vgl. UNDP-Bericht, Únik z pasce závislosti. Rómovia v strednej a východnej Európe (Wege aus der Falle der Abhängigkeit. Roma in Mittel- und Osteuropa), United Nations Development Programme, Bratislava 2003.

⁴¹ Angaben: Český statistický úřad, <http://www.czso.cz/>, Zugriff 4.10.2010.

rend. Die Einkommensunterschiede zwischen der Metropole Prag und den Provinzen vergrößerten sich.⁴² Der Beschäftigtenanteil im privaten Sektor nahm in den 1990er Jahren rasant zu. Von den 4,7 Millionen Erwerbstätigen im Jahre 2001 waren 4 Millionen Arbeitnehmer, 0,5 Millionen Selbständige und 0,2 Millionen Arbeitgeber. Tschechische Bürger verfügen zu 54 Prozent über eine Grund- bzw. Berufsausbildung, zu 34 Prozent über eine mittlere und nur zu 12 Prozent über eine Hochschulbildung. Der Anteil der Hochschulabsolventen wird allerdings in der Tendenz größer, 1993 waren es lediglich 8 Prozent.⁴³

Die erste Konfliktlinie, die sich 1990 herausbildete, war die Kontroverse zwischen der Beibehaltung des kommunistischen Regimes, vertreten durch die kommunistische Partei, und der Einleitung des Transformationsprozesses zu Demokratie und Marktwirtschaft, repräsentiert durch alle anderen Parteien.⁴⁴ Bald wurden feinere *cleavages* deutlich, welche die Auseinandersetzungen um Ausrichtung, Tempo und Tiefe der demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen sowie verschiedene gesellschaftliche Interessen widerspiegelten. Die wichtigste Trennlinie stellte die Wirtschaftspolitik dar, um die sich verschiedene Kräfte mit unterschiedlichen Ansätzen gruppieren: 1) Diejenigen, die radikale Wirtschaftsreformen, Preisliberalisierungen und Privatisierung favorisierten (Demokratische Bürgerpartei, Demokratische Bürgerallianz, seit 2010 die TOP 09); 2) solche, die für sozial abgefederte Transformation eintraten (Sozialdemokratische Partei, Volkspartei); 3) sowie diejenigen, die den Reformprozess generell ablehnten (Kommunistische Partei). Diese Konfliktstrukturen, die bereits 1992 deutlich wurden, blieben im Wesentlichen unverändert.

Ethnische Konfliktlinien spielen seit der Spaltung der Tschechoslowakei – in Anbetracht der nationalen Homogenität Tschechiens - keine Rolle mehr. Die Konfliktlinie pro/contra Marktwirtschaft blieb erhalten und wird von den Kommunisten gegen alle anderen Parteien verteidigt, was dazu führt, dass die Kommunistische Partei zwar von allen übrigen Parteien als koalitionsunfähig angesehen wird, dafür aber zahlreiche Protestwähler aus einkommensschwachen Sozialschichten ansprechen kann.

⁴² Vgl. Pavel Machonin/Milan Tuček, *Česká společnost v transformaci* (Die Tschechische Gesellschaft in Transformation), Prag 1996, S. 333; Pavel Machonin/Milan Tuček, *Proměny sociálních nerovností* (Veränderungen sozialer Ungleichheiten), In: Milan Tuček et al. (Hg.), *Dynamika české společnosti* (Dynamik der tschechischen Gesellschaft), Prag 2003, S. 197-223, hier 205; Pavel Machonin/Karel Müller, *Problémy a perspektivy modernizace a sociální soudržnosti*. In: Milan Tuček et al. (Hg.), ebd., S. 392-413, hier 401.

⁴³ Angaben: Český statistický úřad, <http://www.czso.cz/>.

⁴⁴ Vgl. Vodička, *Das politische System Tschechiens*, 2005, S. 146.

3.2. Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Arbeitsbeziehungen

Die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit wird gewährleistet. Jeder hat das Recht, sich zum Schutz seiner wirtschaftlichen und sozialen Interessen mit anderen frei zusammenzuschließen. Entsprechend entstanden Gewerkschaften und Verbände unabhängig vom Staat. Das Streikrecht wird (mit Ausnahme bestimmter Berufsgruppen) gewährleistet.

Die Gewerkschaften stellen mit ihren mehreren Millionen Mitgliedern die größte intermediäre Organisation dar. Ihnen gelang es, die Last der kommunistischen Vergangenheit abzuschütteln und den anfänglichen Zerfalls- und Spaltungsprozess aufzuhalten. Das Vertrauen in die Gewerkschaften nimmt seit dem Umbruch zu. Andererseits werden infolge von Privatisierungen und Gründungen kleiner Unternehmen immer weniger Arbeitnehmer von den Gewerkschaften vertreten.

Im Zuge der Herausbildung des privaten Sektors entstand der Bedarf, die Interessen des privaten Unternehmertums gemeinsam zu vertreten. Dies hatte eine Gründungswelle von Arbeitgeber- und Unternehmerverbänden zur Folge. Wie es in den Statuten der Konföderation der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände festgelegt ist, setzen sich diese zum Ziel, die Interessen der Mitglieder zu artikulieren und durchzusetzen, an dem für unternehmerische Tätigkeit relevanten Gesetzgebungsprozess teilzunehmen sowie eine Lobbytätigkeit auszuüben.

3.3. Kirchen, Religionsgemeinschaften, Weltanschauungen

Kirchen spielen in der tschechischen Gesellschaft eine bescheidene Rolle. Tschechien gehört zu den am meisten säkularisierten Ländern Europas, lediglich 32 Prozent der Bürger bezeichnen sich als gläubig und nur 7 Prozent beschreiben ihre Bindung an eine Kirche als stark. Die meisten Gläubigen (83 Prozent) bekennen sich zur römisch-katholischen Konfession.⁴⁶ Ein überdurchschnittliches Vertrauen in die Kirche herrscht in den ländlichen Regionen und bei der älteren Bevölkerung vor. Bei der mittleren, im Kommunismus sozialisierten Generation überwiegt dagegen eine eher ablehnende Einstellung zu den Konfessionen. In den 1990er Jahren setzte sich der im Kommunismus eingeleitete Säkularisierungsprozess fort, die Gläubigenzahl ging weiter zurück.⁴⁷ Neben der traditionellen Distanz zu den Religionen kann dies auch auf die negativ wahrgenommene mediale Präsenz der Kirchen in Zusammenhang mit den Kontroversen bezüglich der Restitutionsen des Kircheneigentums zurückgeführt werden.⁴⁸

⁴⁶ Vgl. *Statistická ročenka, Český statistický úřad* (Jahrbuch für Statistik, Tschechisches Amt für Statistik), Prag 2002, www.czso.cz/cisla1/10/2002/index, Zugriff 4.10.2010.

⁴⁷ Vgl. ebd.

⁴⁸ Vgl. Ulrich Widmaier/Andrea Gawrich/Ute Becker, *Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas*, Opladen 1999, S. 68.

3.4. Bürgerinitiativen, Zivilgesellschaft

Der am meisten verbreitete Typus von Vereinigungen sind die Bürgervereine. In den 1990er Jahren konstituierten sich mehrere Tausend neue Vereine jährlich. Während vor dem Umbruch nur einige Hundert der sogenannten freiwilligen Organisationen bestanden, wurden 1998 über 37000 Bürgervereine registriert.⁴⁹ Am dynamischsten wuchs die Zahl der Kultur- und Sportvereine. Der rasante zahlenmäßige Anstieg von Bürgervereinen wurde zum einen durch die Auflösung der vorher zentral gelenkten Organisationen ausgelöst, zum anderen durch den zunehmenden Partizipationswillen der Bürger.

IV. Konsolidierung des demokratischen Verfassungsstaates

1. Verfassungskonsolidierung, Verfassungskonflikte zwischen Institutionen

Das politische System Tschechiens ist auf der konstitutionellen bzw. institutionellen Ebene weitgehend befestigt und ausreichend effizient. Das Gewaltenteilungssystem funktioniert gut und die Verfassungsprinzipien finden sukzessive ihren Weg in die politische Praxis. Die Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit wurde in den Transformationsjahren kleiner. Die Verfassungsgerichtsentscheidungen werden von politischen Akteuren respektiert. In der Zeit des ČSSD/ODS-Machtkartells 1998-2002 wurde deutlich, dass das Verfassungsgericht seine Funktion im Gewaltenteilungssystem erfüllt. Im Verfassungskonflikt zwischen dem Staatspräsidenten Havel und der ČSSD/ODS-Parlamentsmehrheit präsentierte sich das Verfassungsgericht als wirksame Barriere gegen die Anstrengungen beider Großparteien, durch verfassungswidrige Manipulationen des Wahlgesetzes kleinere Parteien zu marginalisieren. Von europaweiter Bedeutung war die Erkenntnis des Verfassungsgerichts, dass der EU-Vertrag von Lissabon im Einklang mit der tschechischen Verfassungsordnung stehe; dadurch ebnete das Verfassungsgericht den Weg zur Vertragsratifizierung durch Tschechien.

2. Akteurskonsolidierung

2.1. Parteiensystem: Fragmentierung, Volatilität, Polarisierung, Extremismus

Das Parteiensystem konsolidierte sich rasch. Bereits nach den Parlamentswahlen 1992 kristallisierte sich ein relativ stabiles, bipolares Parteiensystem heraus, mit zwei Großparteien,

⁴⁹ Vgl. Možný, Česká společnost, S. 123.

der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) und der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), die sich mit kleineren Koalitionspartnern an der Regierung zwischen 1992 - 2010 abwechselten. Die cleavage-Struktur ist klar, Polarisierung, Extremismus sowie Fraktionismus halten sich in Grenzen, das Parteiensystem ist mäßig fragmentiert. Die Wählervolatilität nahm in der Tendenz ab. Die Schwankungen der Wählerpräferenzen sind zwar heftiger als in etablierten Demokratien, jedoch weniger unberechenbar als in den meisten anderen postkommunistischen Ländern.⁵¹

Die Parlamentswahlen 2010 schüttelten indes das bisher relativ beständige Parteiensystem mächtig durch. Beide Großparteien, die Sozialdemokratische Partei (22 Prozent der Wählerstimmen) und die Demokratische Bürgerpartei (20 Prozent) büßten ein Drittel ihrer Wähler ein. In das Abgeordnetenhaus gelangten zwei neu gegründete Gruppierungen, die liberale TOP 09 (17 Prozent) und die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (11 Prozent), die sich als eine „Partei der Mitte“ deklariert. Beide neue Parteien hatten in ihrer Wahlkampagne korrupte Praktiken angeprangert und für mehr Transparenz plädiert. Die traditionsreiche Volkspartei (KDU-ČSL), die an allen Koalitionsregierungen seit der Gründung Tschechiens teilnahm, scheiterte dagegen an der 5-Prozent-Hürde. Ebenso gelangten die Grünen nicht mehr ins Parlament. Die linksextremistische Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (11 Prozent) bleibt im Parlament weiterhin vertreten.⁵²

2.2. Informelle und formelle Akteure

Die Kardinalfrage lautet, ob die informellen politischen Akteure (Militär, Finanzkapital, Unternehmer) ihren Interessen inner- oder außerhalb des legitimen politischen Systems folgen. Die Armee ist in der tschechischen Tradition loyal. Einige Unternehmer versuchen hingegen, ihre Interessen mit Hilfe von Machenschaften wie Bestechung, Klientelismus und Betrug durchzusetzen. In Tschechien agieren einflussreiche Interessengruppen, welche die derzeitigen intransparenten Verhältnisse so lange wie möglich bewahren möchten. Der Umfang ihrer Wirkung kann nach verschiedenen Anhaltspunkten (Korruptionsanalysen, Umfragen, Wucherpreise bei öffentlichen Aufträgen, Insider-Berichte über gängige 10-Prozent-„Provisionen“) nur geschätzt werden. Seit Jahren gelingt es nicht, ein wirksames Anti-Korruptionsgesetz zu beschließen und Hasardspiele zu besteuern. Einige Analytiker heben die

⁵¹ Vgl. Karel Vodička, Das politischen System Tschechiens. In: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2010, S. 275-315, hier 295.

⁵² Angaben: Volby2010, <http://www.volby.cz/pls/ps/ps2010/ps?xjazyk=CZ>; letzter Zugriff 13.8.2010.

Rolle dieser dubiösen Interessengruppen als „die wahrscheinlich wichtigsten Bremser im Transformationsprozess“ hervor.⁵³

Ebenfalls das Verhalten der formellen politischen Akteure weist Defizite auf - es ist durch Korruption und Klientelismus beeinträchtigt. In Tschechien kann Bestechung, die mit den vorrevolutionären Beziehungsnetzen eng zusammenhängt, als ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung angesehen werden.⁵⁴ Die Bestechlichkeit wird von der Öffentlichkeit scharf kritisiert, und die Unfähigkeit bzw. der Unwille der politischen Eliten, dieses Problem zu beseitigen, schwächt die Legitimität des politischen Systems und seiner Institutionen.⁵⁵ Die endemische Korruption trägt somit zur Schwächung des demokratischen Systems bei.

2.3. *Interessenverbände*

Nach chaotischen Verhältnissen am Anfang der Transformation ist in Tschechien mittlerweile ein strukturiertes intermediäres System zu erkennen. Die intermediären Institutionen erfüllen zunehmend ihre Funktion als organisierte Interessenvermittlung.⁵⁶

2.4. *Bürgergesellschaft*

Der Prozess der Herausbildung einer reifen Bürgergesellschaft ist noch nicht abgeschlossen. Zwar erreichen die Tschechen beim Vergleich mit anderen postkommunistischen Ländern in verschiedenen Indikatoren der Demokratieunterstützung oft die besten Umfragewerte. Gleichwohl werden bei Gegenüberstellung zu westlichen EU-Ländern verschiedene Demokratiedefizite deutlich: allgemeine Demokratieunterstützung, Demokratiezufriedenheit und Vertrauen in die Institutionen sind niedriger als in etablierten Demokratien; antidemokratische

⁵³ Vgl. Vladimír Krivý, *Súvislosti hodnotenia činnosti vlády SR verejnou (Die Bewertung der Regierungstätigkeit durch die Öffentlichkeit)*, in: Grigorij Mesežnikov (ed.), *Povolebné Slovensko (Slowakei nach den Wahlen)*, Bratislava 2003, S. 21–41, hier 34; Jan Sopóci, *Ekonomické záujmové skupiny v slovenskej politike v 90 rokoch (Wirtschaftliche Interessengruppen in der slowakischen Politik in den Neunzigern)*, in: *Politologický časopis (Zeitschrift für Politikwissenschaft)*, 8 (2001) 2, S. 166–176, hier 174; Michal Klíma, *Klientelistická strana (Klientelistische Partei)*, in: *MFD*, 7.4.2003, S. 8; Jiří Pehe, *Vítězství politického šibrovství (Der Sieg der politischen Schieberei)*, In: <http://www.pehe.cz/zapisnik/2003/vitezstvi-politickeho-sibrovstvi>, Zugriff 2.10.2010; Karel Vodička, *Political Systems of the Czech and Slovak Republics: A Comparison of Risks and the Consolidation Process*. In: Grigorij Mesežnikov/Ol'ga Gyárfášová (Hg.), *Slovakia: Ten years of independence and a year of reforms*, Bratislava 2004, S. 27–48, hier 41.

⁵⁴ Vgl. Veronika Lopourová, *Koncept korupce v českém transformačním kontextu (Das Konzept der Korruption im tschechischen Transformationsprozess)*, in: *Politologický časopis*, Heft 4/2004, Jg. XI, S. 354–369, hier 366.

⁵⁵ Vgl. Karel Vodička, *Na nebezpečné české stezce. Demokracie v Česku (Der gefährliche tschechische Weg. Demokratie in Tschechien)* In: *Ekonom*, (2010) 1, S. 36 f., hier 37.

⁵⁶ Vgl. Vodička, *Das politische System Tschechiens*, 2005, S. 270.

Systemalternativen werden nicht entschieden abgelehnt, die Partizipationsbereitschaft ist gering.⁵⁷

2.5. Medien

Durch Artikel 17 der Charta werden die Freiheit der Meinungsäußerung und das Recht auf Information garantiert. Jedem wird das Recht gewährt, seine Ansichten in Wort, Druck, Bild oder auf andere Weise zu äußern, wie auch Gedanken und Informationen ohne Rücksicht auf die Staatsgrenzen frei auszuwählen, zu empfangen und zu verbreiten. Eine Zensur ist nicht zulässig. Durch die reale Funktion der Medien wird der Verfassungsauftrag im Wesentlichen erfüllt. Die Meinungsfreiheit und das Recht, Informationen zu gewinnen und zu verbreiten, werden real gewährleistet. Die Dualität der öffentlich-rechtlichen und privaten Fernseh- und Rundfunksender wirkt sich auf die Meinungspluralität grundsätzlich positiv aus. Durch die Parteinähe einiger Redaktionen wird indes die Objektivität der Berichterstattung beeinträchtigt.

3. Einstellungskonsolidierung

Nach empirischen Untersuchungen zeichnen sich die Tschechen - im postkommunistischen Vergleich - durch ausgeprägte Demokratiepräferenzen aus: 84 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie zwar keine ideale, aber doch die beste aller Regierungsformen sei.⁵⁸ Nahezu 90 Prozent lehnen einen Führer oder eine Diktatur als Alternative ab.⁵⁹ In den westeuropäischen Demokratien liegt allerdings die generalisierte Demokratieunterstützung höher, im weiteren Osteuropa dagegen niedriger.⁶⁰ Mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie sind die Tschechen indes eher unzufrieden. Sie vertreten die Meinung, dass das gegenwärtige System, verglichen mit dem kommunistischen, für sie etwa gleich viele Vorteile wie Nachteile hat. Sie schätzen die Freiheiten, kritisieren jedoch den Verlust der sozialen Sicherheiten. Die Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Umbruch wird gleichwohl zu 80 Prozent abgelehnt.⁶¹

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 273.

⁵⁸ Vgl. Jan Červenka, *Demokracie, lidská práva a korupce mezi politiky.* (Demokratie, Menschenrechte und Korruption unter Politikern), CVVM-Bericht Naše společnost 2002, S. 3, http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100110s_pd21004.pdf, Zugriff 15.9.2010.

⁵⁹ Vgl. Gert Pickel/Jörg Jacobs, *Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas*, Frankfurter Institut für Transformationsstudien, Studie Nr. 9/01, Frankfurt (Oder) 2001, S. 6.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 6; Fritz Plasser/Peter Ulram /Harald Waldrauch, *Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung*, Opladen 1997, S. 122-125.

⁶¹ Vgl. Vodička, *Das politische System Tschechiens*, 2005, S. 93 f.

Die Tschechen erweisen sich zutiefst skeptisch bei der Beurteilung ihrer politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Chance, auf das politische Leben Einfluss zu nehmen, bewerten sie auf dem gleichen Niveau (!) wie im Kommunismus.⁶² Lediglich 6 Prozent glauben, sie könnten Angelegenheiten auf gesamtstaatlicher Ebene beeinflussen.⁶³ Nach der Ansicht der Bevölkerung würden die Entscheidungen der Politiker maßgeblich durch Korruption beeinflusst, die Interessen und Meinungen der Bürger seien sekundär.⁶⁴ Das hohe Maß an Skepsis stellt vermutlich auch eine der Ursachen für die geringe Partizipationsbereitschaft und relativ niedrige Demokratiezufriedenheit der Bürger dar.

V. Stabilisierung des Wirtschaftssystems

1. Wirtschaftsverfassung

Tschechien besitzt ein modernes, transformiertes Wirtschaftssystem. Die Verfassung sowie die gesamte Rechtsordnung begründen eine freie und offene Marktwirtschaft und legen Grundlagen für den wirtschaftlichen Wettbewerb.⁶⁵ Tschechien war das erste Land Ostmitteleuropas, das OECD-Mitglied wurde. Außerdem ist es Mitglied der WTO, des Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Tschechiens 2004 wurde die gesamte Rechtsordnung, insbesondere solche die Marktwirtschaft betreffenden Gesetze, an den *Acquis Communautaire* angeglichen. Das Handels-, Buchhaltungs- und Konkursrecht entsprechen den westlichen Standards. Die Rechts- und Steuersicherheit wird allerdings von internationalen Firmen als mangelhaft kritisiert.⁶⁶

⁶² Vgl. Tomáš Kostecký/František Kalvas, *Hodnocení současného vývoje v České republice veřejností* (Die Bewertung der aktuellen Entwicklung in Tschechien durch Öffentlichkeit), In: Grigorij Mesežnikov (Hg.), *Povolebné Slovensko* (Die Slowakei nach den Wahlen), Bratislava 2003, S. 43–54, hier 52.

⁶³ Vgl. Naděžda Horáková, *Uplatňování demokratických práv občanů a hodnocení politického systému u nás* (Die Anwendung der demokratischen Bürgerrechte und die Bewertung des politischen Systems bei uns), CVVM, Bericht Naše společnost 2004, http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100322s_pd40216.pdf, Zugriff 6.9.2010.

⁶⁴ Vgl. Adéla Seidlová, *Zájem občanů o politiku* (Bürgerliches Interesse an der Politik), CVVM-Bericht 02-01, PD 20322, 2002, S.3.

⁶⁵ Vgl. Tomislav Borič/Jarmila Pokorná, *Die Wirtschaftsverfassung der Tschechischen Republik*, In: Joseph Marko/Alfred Ableitinger et al. (Hg.), *Revolution und Recht: Systemtransformation und Verfassungsentwicklung in der Tschechischen und Slowakischen Republik*, Frankfurt/M. 2000, S. 117-147, hier 147; Vodička, *Das politische System Tschechiens*, 2005, S. 78.

⁶⁶ Vgl. E15-1, www.e15.cz/domaci/ekonomika/danova-jistota-v-cesku-pokulhava-tvrdi-firmy; letzter Zugriff 31.8.2010.

2. Akteure

Die wichtigsten Wirtschaftsakteure sind die privaten Unternehmen. Im Jahre 2010 sind in Tschechien insgesamt ca. 2,6 Millionen Firmen registriert.⁶⁷ Am Anfang der marktwirtschaftlichen Öffnung versuchten zahlreiche tschechische Bürger ihr Glück und gründeten Firmen. Im Hinblick auf die zunächst mangelnde Konkurrenz waren viele erfolgreich, die meisten mussten jedoch bald aufgeben. In der Transformationsperiode fand ein Lernprozess statt. In der zweiten Phase der Transformation wurden viele Unternehmen von ausländischen Investoren aufgekauft. Die größten Firmen, und gleichzeitig die wichtigsten wirtschaftlichen Akteure Tschechiens, sind zum großen Teil westeuropäische, insbesondere deutsche Unternehmen.⁶⁸

3. Einstellungen

Die anfängliche Begeisterung der Tschechen⁶⁹ für die Klausche „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ wich nach ersten praktischen Erfahrungen mit ihrem realen Funktionieren einer skeptischeren und differenzierteren Betrachtung. Waren im Jahre 1990 beachtliche 87 Prozent der Befragten der festen Überzeugung, der privaten unternehmerischen Tätigkeit müsse uneingeschränkte Freiheit vergönnt werden, stimmten dieser Auffassung 1998 nur noch 49 Prozent zu. Die rasch zunehmenden sozialen Disparitäten lösten in der Gesellschaft negative Reaktionen aus. 1990 meinten 89 Prozent, die Lohnunterschiede sollten größer werden, 1998 vertraten diese Ansicht nur noch 39 Prozent. Die überwältigende Mehrheit von 80 Prozent der Tschechen glaubt, dass „Menschen heute überwiegend auf nicht ehrliche Weise reich werden“: diese Überzeugung stellt sicherlich keine Motivation zum korrekten Verhalten dar. Als ein diffiziles Problem wird die schlechte Zahlungsmoral der Unternehmen erachtet – eine Rechnung wird im Durchschnitt erst nach 72 Tagen beglichen.⁷⁰ Alles in allem charakterisierte die Öffentlichkeit den wirtschaftlichen Übergang als ganz oder teilweise erfolgreich in den folgenden Jahren zu folgenden Prozentsätzen: 1993/68 Prozent, 1999/35 Prozent, 2005/55 Prozent und 2007/57 Prozent.⁷¹ Die Prozentzahlen spiegeln den Transformationsverlauf wider. Das „Tal der Tränen“ wurde 1997/1999 durchschritten.

⁶⁷ Vgl. Database2010, <http://www.database-firm.net/>; letzter Zugriff 30.8.2010.

⁶⁸ Vgl. Liste der größten Unternehmen in Tschechien, Stand 2008, In: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_größten_Unternehmen_in_Tschechien, letzter Zugriff 30.8.2010.

⁶⁹ Vgl. Krivý/Radičová, *Atmosféra dovery*, S. 12.

⁷⁰ Vgl. Umfrage RadioCz: Zahlungsmoral der Unternehmen in Tschechien verschlechtert sich. In: http://www.radio.cz/de/nachrichten/13_10_50#5, letzter Zugriff 1.9.2010.

⁷¹ Vgl. Jaroslava Kubátová, *Názory české veřejnosti na ekonomickou transformaci a její sociální důsledky v období 1989-1998* (Meinungen der tschechischen Öffentlichkeit über den wirtschaftlichen Wandel und seine sozialen Folgen im Zeitraum 1989-1998), In: <http://publib.upol.cz/~obd/fulltext/Politologica1/Politologica4.pdf>, 2001, S. 39-55, hier 42; CVVM, *Veřejnost o úspěšnosti ekonomické transformace* (Öffentlichkeit über

VI. EU-Integration

1. Beitrittsverhandlungen und EU-Beitritt

Unmittelbar nach dem Umbruch 1989 setzte eine fieberhafte Diplomatie ein, mit dem Ziel, die Beziehungen der frei gewordenen Tschechoslowakei zu den westlichen Demokratien zu normalisieren. Das Wahlprogramm 1990 der Revolutionsbewegung Občanské fórum hieß „Zurück nach Europa“: dies entsprach dem innigen Wunsch der Bevölkerung. Tschechoslowakische Politiker trugen zur Auflösung des Warschauer Paktes und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aktiv bei. EU-Beitrittsperspektive, Beitrittsverhandlungen, kritische Fortschrittsberichte wie auch der umfassende rechtliche Angleichungsprozess trugen zu der wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Kultivierung Tschechiens essentiell bei.

2. Mitwirkung in EU-Institutionen

Die Mitwirkung in EU-Institutionen war in der Zeit der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2009 von besonderem Belang. Der tschechischen Ratspräsidentschaft gelang es am Anfang, im Gasstreit zwischen Russland und Ukraine zu vermitteln und weitere Erdgaslieferungen für die EU-Länder abzusichern. Mitten in ihrem EU-Ratsvorsitz wurde die tschechische Regierung jedoch durch ein parlamentarisches Misstrauensvotum gestürzt und durch eine Interimsregierung ersetzt - zu einer Zeit, als die EU nach Wegen suchte, sich gegen die Wirtschaftskrise zu stemmen. Dies und einige diplomatische Fehlritte der tschechischen Ratspräsidentschaft kratzten am Image der Tschechen in Europa.

3. Integrationsprobleme

Die tschechische Europapolitik ist nicht konsistent. Die von 1998 bis 2006 regierenden Sozialdemokraten, die sich mit dem europäischen Modell des Sozialstaates weitgehend identifizieren, unterstützen nachhaltig die EU-Eingliederung Tschechiens. Auch die seit 2007 von der Demokratischen Bürgerpartei geführte Regierungskoalition stand der EU-Integration mehr oder weniger zustimmend gegenüber. Eine extrem euroskeptische Strömung dagegen, vertre-

den Erfolg der wirtschaftlichen Transformation), In: http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100497_s_ev50622.pdf, Zugriff 18.9.2010; Markéta Škodová, Hodnocení ekonomické transformace po roce 1989 (Beurteilung der wirtschaftlichen Transformation nach 1989), http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100702s_ev70626.pdf, S. 1-3, hier S. 3.

ten durch einen Kreis innerhalb der Demokratischen Bürgerpartei um den Staatspräsidenten Václav Klaus, kritisiert die EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik aus neoliberaler Sicht und versucht, den EU-Integrationsprozess zu torpedieren. Der Staatspräsident verteidigte vor dem Verfassungsgericht der Tschechischen Republik die Verfassungsklage der ODS-Senatsfraktion, dass der Vertrag von Lissabon im Widerspruch zur Verfassungsordnung Tschechiens stehe. Das Verfassungsgericht wies die Klage jedoch einstimmig zurück und ebnete dadurch den Weg zur Ratifizierung des Lissabon-Vertrages. Die Unterschrift des tschechischen Staatsoberhauptes war die allerletzte im gesamteuropäischen Ratifizierungsprozess.

4. Einstellungen der Bevölkerung zur EU

Während sich die Begeisterung zum NATO-Beitritt Tschechiens (1999) in Grenzen hält, fällt die Zustimmung zur EU-Integration relativ hoch aus. Dabei spielt das stark empfundene Gefühl der Tschechen eine Rolle, man sei immer ein Teil Europas gewesen und diese Tradition sei nur temporär durch das kommunistische Intermezzo unterbrochen worden. Das weitere EU-Beitrittsmotiv, das Sicherheitsinteresse, impliziert nicht nur allgemein den Zugewinn an außen- und innenpolitischer Stabilität, sondern stellt im tschechischen Bewusstsein auch ein wirksames Mittel zur Eindämmung und Kontrolle der „Übermacht“ Deutschlands durch die EU-Regelungsmechanismen dar.⁷² Beim Referendum 2003 votierten 77 Prozent der Beteiligten für den EU-Beitritt. In der Folgezeit schwankte die Zustimmung zur EU; die niedrigste wurde 2007 mit 45 Prozent registriert, die höchste mit 69 Prozent während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft 2009.⁷³

VII. Zusammenfassung, Ausblick

1. Begünstigende Faktoren

Der Transformationsprozess Tschechiens wurde von einigen Faktoren begünstigt:

- das bereits im Vorkommunismus erreichte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Modernisierungsniveau und die Bildungstradition überstanden die Ära des Kommunismus und wirkten sich förderlich auf den demokratischen Wandel aus;

⁷² Vgl. Aneke Hudalla, Der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, Münster 1996, S. 114.

⁷³ Vgl. STEM-Bericht vom 29.1.2010, <http://zpravy.ihned.cz/cesko/c1-40246650-pruzkum-s-clenstvimi-ceska-v-eu-jsou-spokojeny-skoro-dve-tretiny-lidi>, Zugriff am 28.9.2010.

- in der Gesellschaft blieben Relikte der vorkommunistischen demokratischen politischen Kultur erhalten, Tschechen erachteten Demokratie und Marktwirtschaft als alternativlos – diese Auffassung war in der Zeit der Orientierungslosigkeit und der chaotischen Verhältnisse am Anfang des Übergangs zu Demokratie außerordentlich wichtig, „man sah das andere Ufer“;
- Tschechien ist national homogen und die Gesellschaft nur mäßig polarisiert;
- die Staatlichkeit der Tschechischen Republik ist gefestigt – sie wird von keiner relevanten innen- oder außenpolitischen Kraft in Frage gestellt;
- die Antisystemparteien haben kaum Einfluss und die stärkste von ihnen, die Kommunistische Partei, bleibt isoliert;
- die EU-Beitrittsperspektive, der EU-Beitrittsprozess und die EU-Mitgliedschaft führten einen zusätzlichen Konsolidierungsschub herbei.

2. Konsolidierungstrend und -stand 2010

Bei der Bewertung des Konsolidierungsniveaus kann ein Entwicklungstrend festgestellt werden, über den sich die Analytiker einig sind. Im Transformationsverlauf 1990–2010 erhöhten sich Stabilität und Effizienz des politischen und wirtschaftlichen Systems wesentlich. Die Erhöhung des Konsolidierungsniveaus unterliegt zwar kurzfristigen Schwankungen, wird sie jedoch in der historischen Perspektive der zwanzig Jahre 1990–2010 betrachtet, verläuft sie kontinuierlich.

Die Konsolidierung des politischen Systems ist auf der konstitutionellen bzw. institutionellen Ebene gut vorangekommen. Das Gewaltenteilungssystem funktioniert, die institutionelle Effizienz, Transparenz und Inklusion sind gewährleistet. Auch das intermediäre System stabilisiert sich. Laut Freedom-House-Bericht 2009 ist Tschechien eine freie Wahldemokratie, in welcher die Menschenrechte beachtet werden.⁷⁴ Merkel bezeichnet Tschechien als konsolidierte Demokratie.⁷⁵ Im Bertelsmann-Transformations-Index⁷⁶, in dem 128 Länder vergleichend analysiert werden, wurde Tschechien auf den 1. Platz gesetzt, was den Entwicklungsstand von Demokratie und Marktwirtschaft betrifft (Status Index) und auf den 9. Platz bezüglich der politischen Steuerungsleistungen (Management-Index). Das Verhalten der for-

⁷⁴ Vgl. Freedomhouse 2009, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2009&country=7594>; letzter Zugriff 24.8.2010.

⁷⁵ Vgl. Merkel, Gegen alle Theorie?, S. 430.

⁷⁶ Vgl. BTI, Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2010.

mellen und informellen Akteure sowie die Reife der Bürgergesellschaft können hingegen noch nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Das Wirtschaftssystem ist leistungsfähig und belastbar. Wirtschaftsanalysten bezeichnen Tschechien als eine funktionierende, freie und moderne Marktwirtschaft und der BTI-Index 2010 stellt die tschechische Market Economy auf den 1. Platz unter den Transformationsländern.⁷⁷ Die gesamtwirtschaftliche Effizienz erreicht bisher noch nicht das Niveau der westlichen Industrienationen, es findet jedoch ein Aufholprozess statt. Tschechien hat die Finanzkrise 2009 gut überstanden, die Wirtschaft hat sich als hinlänglich robust erwiesen. Das Land ist mit einem Staatsdefizit von 35 Prozent des Bruttosozialprodukts nur mäßig verschuldet. Die Ratingagentur Barclays zählt Tschechien zu den wirtschaftlich stabilsten Ländern der Welt und setzt es weltweit an die achte Stelle und europaweit an die zweite, hinter Deutschland.⁷⁸ Die Reallöhne sind 1990/2010 um 40 Prozent gestiegen (in Euro-Umrechnungskurs nominal mehr als um das Fünffache). Die Industrie hat sich 2010 von der Krise erholt, meldet steigende Umsätze und Gewinne. Als überdauernde Konsolidierungsdefizite können unzureichende Rechts- und Steuersicherheit, Klientelismus, Korruption sowie niedrige Zahlungsmoral der Unternehmen bezeichnet werden.

3. Mentalitätswandel: das Schlüsselproblem der Transformation?

Als diffizil und langwierig erweist sich der Mentalitätswandel und die damit zusammenhängenden Verhaltens- und Einstellungskonsolidierung sowie die Herausbildung einer Zivilgesellschaft. Die Veränderungen der Denk- und Verhaltensstereotypen stellen offenkundig das Schlüsselproblem der Transformation dar. Das Verhalten sowohl der formellen als auch der informellen politischen Akteure kann im Hinblick auf die hohe Korruptionsanfälligkeit und den ausgeprägten Klientelismus nicht als zufriedenstellend erachtet werden. Die Überzeugung der Bevölkerung, dass Bestechung maßgeblich für politische Entscheidungen sei und dass Menschen größtenteils auf unehrliche Weise reich würden, schwächt die Systemlegitimation und stellt eine der Ursachen für geringe Partizipationsbereitschaft und niedrige Demokratiezufriedenheit der Bürger dar. Die Herausbildung einer reifen, mündigen und aktiven Zivilgesellschaft wird offenbar noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Gleiches gilt für die Konsolidierung des Verhaltens der politischen und wirtschaftlichen Eliten.

⁷⁷ Vgl. BTI Transformation Index 2010; Eckert, Vom Plan zum Markt, S. 378; Borič/Pokorná, Die Wirtschaftsverfassung, In: Marko/ Ableitinger et al. (Hg.), Revolution und Recht, S. 117-147, hier 147.

⁷⁸ Vgl. Ekonom, Heft 39/2010, S. 40.

4. Ausblick

Das Risiko einer radikalen Entdemokratisierung kann im Hinblick auf die Einstellungen der Bevölkerung, politische Kräftekonstellation und institutionelle Konfiguration als äußerst gering eingeschätzt werden. Die externen Rahmenbedingungen, die NATO- und EU-Mitgliedschaft, wirken sich demokratiestabilisierend aus. Es kann indes nicht ausgeschlossen werden, dass der Transformationsprozess auf dem gegenwärtigen Konsolidierungsniveau, mit ungenügender Demokratiequalität, zum Stillstand kommt. Dies könnte sich in folgenden Problemkomplexen widerspiegeln:

- massiv verbreitete Korruption;
- Beherrschung der Politik durch sogenannte „Paten“ – durch wirtschaftliche Bosse, die die Parteien und oft direkt die Parteifunktionäre finanzieren und davon in der Form von maßgeschneiderten Gesetzen und üppigen öffentlichen Aufträgen profitieren;
- minimale politische Partizipation und niedriges Vertrauen der verdrossenen Bürger;
- weiterhin ineffektive öffentliche Verwaltung und Justiz, mangelhafte Rechtsdurchsetzung;
- niedriges Niveau der öffentlichen Dienstleistungen wie Sicherheit, Bildungs- und Gesundheitswesen, Wissenschaft und Grundlagenforschung, Verkehr und Umweltschutz.

Z. Zt. ist es schwierig vorherzusagen, ob nach den Parlamentswahlen 2010 der gegenwärtige Stillstand überwunden wird und erneut eine Tendenz zur weiteren Systemkonsolidierung einsetzt. Oder ob die verfestigten Strukturen zwischen dubiosen Unternehmern und politischen Eliten - nicht nur auf zentraler, sondern auch auf regionaler und kommunaler Ebene - weiterhin in der Politik dominierend bleiben. Die Entwicklung nach den Parlaments- und Kommunalwahlen 2010, das verstärkte Engagement der Bürger in der Politik und die Gründung zahlreicher Bürgerinitiativen gegen die Korruption bieten Anlass zum vorsichtigen Optimismus in dem Sinne, dass der Prozess der allmählichen Konsolidierung des politischen Systems wieder hergestellt werden könnte. Dies würde mit dem historischen Grundtrend nach dem Jahre 1990 korrespondieren.